

# Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 5/6

Mai/Juni 1990

5 Schilling

## Ohne Selbstverständnis kein Selbstbewußtsein

**„Wir sind sprachlos geblieben nach all den politischen Veränderungen in unseren nördlichen und östlichen Nachbarländern . . ., nicht nur angesichts des Tempos . . ., sondern auch, weil uns die Sprache (der Arbeiterbewegung) . . . in wenigen Monaten abhanden gekommen ist“, diagnostizierte kürzlich ein sozialistischer Intellektueller. Die Gegner des Sozialismus hingegen produzieren sich wortreicher denn je: „Was in diesen Tagen und Wochen auf dem Misthaufen der Geschichte landet, ist nicht nur der Leninismus, der Stalinismus . . .: Es ist der prinzipielle Sozialismus überhaupt, vielfach auch ‚demokratischer Sozialismus‘ genannt.“**

So ließ sich Herr Bacher von der „Presse“ vernehmen. Und Herr Tschebull meinte in aller Liberalität, man solle die „Ansichten der Sympathisanten und Mittläufer“ des Bolschewismus, der „Lanc' und Blechas, Turrinis und Hrdlikas, der Caps, Dohnals und Nenning“ – eine recht bunte Mischung, fürwahr – nicht vergessen und ihnen die Gretchenfrage stellen: „Bist du für Marx oder für den Markt?“ Man solle den „wendehältig gewordenen Salonmarxisten“ den Rückzug abschneiden: „Sonst basteln sie eines Tages wieder Bomben . . ., ohne den Marktpreis des Pulvers . . . zu kennen.“

Man darf sich fragen, ob angesichts solcher Pogromtöne Sprachlosigkeit angemessen scheint. Und man sollte dazu wenigstens einen Gedanken von Josef Hindels in Erinnerung rufen, der festgestellt hat: „Was im Osten zugrunde gegangen ist, das ist nicht der Sozialismus . . ., das war eine Entartung, auf die gerade wir Sozialdemokraten seit vielen Jahren aufmerksam gemacht haben.“ Aber den toten Hindels zitieren, heißt eingestehen, daß es ansonsten an prinzipiellen Aussagen zur politischen Position der Sozialdemokratie mangelt. Diese Position wird bemerkenswerterweise vor allem von Nichtsozialisten in Österreich und im Ausland verfochten.

Der deutsche Admiral Schmähling hat kürzlich in einem Interview erklärt, es habe weder Sozialismus noch Kommunismus in ausgeprägter Form je gegeben, lediglich Ansätze oder Zerrbilder. Der

Sozialismus als Prinzip der Gestaltung eines Gemeinwesens sei nicht tot. Es gebe geschichtliche Beispiele dafür, daß es Fortschritte in Richtung sozialistischer Ideen gegeben habe.

Mehr Zukunft  
Weniger Sozialismus



VP-Wahlkampf mit der roten Katze

Der Journalist Paul Yvon, der linksradikaler Neigungen absolut unverdächtig ist, findet mit der Narrenformel „Marx oder Markt“ nicht das Auslangen: „Zu glauben, daß der Kapitalismus auf der ganzen Welt gesiegt hat, wäre voreilig, weil man ja inzwischen weiß, wie der Kapitalismus funktioniert. Denn neben der Natur werden auch die Menschen nach wie vor ausgebeutet.“ Und er sieht als Gegenbild eine „schöne, neue Welt . . ., in der die Interessenvertretung der Arbeitnehmer stattfinden wird.“ Wir hätten uns darüber klar zu sein, daß diese Interessenvertretung nach hundert Jahren österreichischer Sozialdemokratie immer noch unsere Aufgabe ist.

Und es ist eigentlich beschämend, daß der Präsident der US-amerikanischen Gewerkschaften, Lane Kirkland, die europäischen Sozialisten daran erinnern muß, daß der Klassenkampf keineswegs ausgestanden ist. Zur Beziehung zwischen Arbeit und Kapital stellt er fest: „Es war immer ein Kampf, manchmal war es ein brutaler Kampf. Die Schlachtfelder und die Art ändern sich, aber es wird immer ein Kampf sein.“ Er hat auch ein klares Bild von der politischen Situation im Kapitalismus: „Wir werden von Leuten regiert, die mehr auf die Arbeitgeber als auf die Arbeitnehmer hören.“ Man lese dazu ein Inserat der „Austrian Industries“, der (verschämt sich so nennenden) verstaatlichten Betriebe: „Profit zu machen ist ein Job für Profis. Und Arbeit für viele.“ Da sind die Arbeitenden offenbar keine Profis?

Das würde Kirkland gar nicht gefallen, und uns gefällt es überhaupt nicht. Wir hätten uns Gedanken darüber zu machen, daß seit 1980 sich der Anteil der Arbeitenden am Volkseinkommen rückläufig entwickelt, was eher am Markt als an Marx liegen dürfte, wie sich im Anklang an Tschebull formulieren ließe.

Bruno Pittermann hat 1974 den Parteitag gemahnt: „Man soll . . . die Entfernung von den Erkenntnissen von Karl Marx in der Tagespolitik nicht so weit treiben, daß zum Schluß vom Karl Marx nur noch der ‚Herr Karl‘ übrig bleibt.“ Und dazu gleich ein Gedanke Marxens: **„Radikal sein ist, die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse auf den Menschen selbst.“**

Daß die Herren Bacher und Tschebull ihren Marx gelesen haben, ist zu bezweifeln. Grüne Leser müßten wenigstens ein wenig rot werden, und Sozialdemokraten, die da ein wenig schamrot werden sollten, könnten mit diesem intensivierte Farbton sicherer als sonst in die politische Wahlkampfdiskussion eintreten, in der man vor lauter grünen Bäumen den international drohenden sozialen Waldbrand nur allzu leicht übersehen könnte.

Hugo Pepper

# Anfragen sozialistischer Abgeordneter

## Lorenzener Erklärung prüfen

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Toleranz unserer Gesellschaft sowie im Interesse des internationalen Ansehens Österreichs muß alles getan werden, um sicherzustellen, daß Angehörige österreichischer, aber auch ausländischer Minderheiten nicht öffentlich in derart unfaßbarer Weise beschimpft werden, stellen die SPÖ-Abgeordneten Dr. Edgar Schranz, Mag. Brigitte Ederer und Ing. Ernst Nedwed unter Bezugnahme auf Äußerungen des FPÖ-Mitgliedes und Mitgliedes des „Lorenzener Kreises“ Wimmer in einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage an Justizminister Foregger fest. Sie wollen insbesondere wissen, ob es auf Grund der Aussagen Wimmers in einem ORF-„Inlandsreport“

des Vorjahres zu Verfolgungsschritten gegen Wimmer gekommen ist.

Die SPÖ-Abgeordneten verweisen weiters auf eine wissenschaftliche Analyse der Lorenzener Erklärung, bei der die Wissenschaftler zu der Überzeugung kamen, daß die Thesen des Lorenzener Kreises zumindest im moralischen Sinn den Tatbestand der Wiederbetätigung erfüllen. An Foregger wird daher die Frage gerichtet, ob die Lorenzener Erklärung bereits auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft wurde. Falls im Fall Wimmer oder über die „Lorenzener Erklärung“ staatsanwaltliche Vorhabensberichte vorliegen, möchten die SPÖ-Abgeordneten abschließend wissen, ob Foregger bereit ist, einer Verfolgung dieser Handlungen zuzustimmen.

## Tagung „Justiz und NS-Wiederbetätigung“

Am 15. Mai 1990 fand die von der Gesellschaft für politische Aufklärung, der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes initiierte Tagung „Justiz und NS-Wiederbetätigung“ statt.

Die Problematik Justiz-Nationalismus-Neonazismus hat in Österreich wie auch in anderen Ländern in den letzten Jahren zweifellos einen höheren Stellenwert erlangt. Die Diskussion etwa, wie man nationalsozialistische Wiederbetätigung (Stichwort „Auschwitz-Lüge“) mit den Mitteln des Rechtsstaates begegnet oder wie man NS-Verbrecher nach fast 50 Jahren zur Verantwortung ziehen soll, ist in Österreich wie auch in anderen demokratischen Staaten im Gang und hat bislang zu keinen befriedigenden Ergebnissen geführt.

Bei der Tagung wurde auch heftige Kritik an Freisprüchen von Neonazis bzw. an jahrelang verschleppten Verfahren und unverständlichen Verfahrenseinstellungen geübt. Von jüdischer Seite wurden zunehmende antisemitische Aggressionen insbesondere in Wien-Leopoldstadt beklagt. Der frühere SPÖ-Zentralsekretär Heinrich Keller bemängelte die Ineffizienz des Verhetzungsparagrafen, der an die wirksameren Strafbestimmungen gegen Religionsstörung angeglichen werden sollte, und schlug die Schaffung einer neuen Strafbestimmung vor, mit der die Leugnung, Verharmlosung oder Rechtfertigung der Verbrechen des NS-Regimes geahndet werden kann. Während die Vertreter des Justizministeriums sich ablehnend zeigten, bekundeten die anwesenden Politiker Gradischnik (SPÖ), Schwimmer (ÖVP) und Fux (Grüne) ihre Bereitschaft zur Verbesserung des gesetzlichen Instrumentariums zur Bekämpfung von Neonazismus und Antisemitismus.

Als Vertreter der sozialistischen Freiheitskämpfer informierte Herbert Exenberger über die antifaschistische Arbeit des Bundes und unseren Unmut über die Justiz im Zusammenhang mit der Verfolgung von Neonazis.

## Antisemitismus im Bundesheer

Mit antisemitischen Vorfällen im Bundesheer befaßt sich eine schriftliche parlamentarische Anfrage der gleichen sozialistischen Abgeordneten an Verteidigungsminister Lichal. Unter Bezugnahme auf antisemitische Äußerungen eines Offiziers gegenüber einem Jungmann wollen die SPÖ-Abgeordneten von Lichal wissen, welche Maßnahmen er gegen jene anwesenden Offiziere zu setzen gedenkt, die diesem Vorfall beiwohnten, diesen aber duldeten und jede Hilfestellung unterließen.

Die SPÖ-Abgeordneten richten daher an den Verteidigungsminister die Frage, ob er der Auffassung sei, daß die Duldung einer antisemitischen Äußerung eines Offiziers durch anwesende Offiziere des Bundesheeres bzw. die Unterlassung der Hilfeleistung an den Betroffenen und Beleidigten ein korrektes Verhalten sei. Weiters wird Lichal gefragt, ob er das Verhalten der Dulder bzw. Unterlasser beanstanden und auf disziplinäre Verantwortlichkeit überprüfen werde und ob er der Auffassung sei, daß Mitglieder des Verteidigungsministeriums derart geschult sein sollten, daß sie bei einem derartigen Fehlverhalten eines Heeresangehörigen sofort einschreiten.



Wien erkundigten sich die SPÖ-Abgeordneten Edgar Schranz, Brigitte Ederer und Ernst Nedwed in einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage an Innenminister Löschnak.

Die SPÖ-Abgeordneten wollen wissen, ob es richtig ist, daß es Anfang April 1990 zu einem derartigen Anschlag gekommen ist, ob sofort Ermittlungen eingeleitet wurden, um die Umstände und Hintergründe dieses Anschlages aufzuklären, ob diese Bemühungen erfolgreich waren, und wenn ja, ob es sich um politisch motivierte Attentäter gehandelt hat.

Das bei dem Anschlag beschädigte Denkmal (siehe unser Foto) wurde inzwischen wiederhergestellt.

## Anschlag auf Antifa-Denkmal am Morzinplatz

Über den Stand der Ermittlungen bezüglich des Anschlages auf das antifaschistische Denkmal am Morzinplatz in

## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Franz Danimann, Walter Edelbauer, Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Michael Ludwig, Gerti Much, Prof. Hugo Pepper, Otto Skritek, Hans Waschek.



# Gedenken an die Opfer von Marzabotto

Eine Kranzniederlegung im Sakrarium von Marzabotto, wo die meisten der Opfer des SS-Massakers vom Herbst 1944 bestattet sind, und ein Empfang durch den Bürgermeister dieser nahe von Bologna gelegenen italienischen Stadt sollte die Höhepunkte einer Italien-Reise sein, die der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus vom 12. bis 20. Mai 1990 durchführte. Leider kam es anders, als von den Organisatoren der Reise zurecht erwartet wurde. Trotzdem wurde diese Reise für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem unvergeßlichen Erlebnis.

Als die Reisegruppe sich am Morgen des 12. Mai beim SPÖ-Haus in der Wiener Löwelstraße traf und in einem modernen Bus die Fahrt in den Süden antrat, hatte Reiseleiter Kurt Schmidt einen Brief des Bürgermeisters von Marzabotto in der Tasche. In diesem Schreiben wurde den Freiheitskämpfern der Tag ihrer Ankunft in Marzabotto bestätigt, ein Empfang im Rathaus, ein Besuch des Sakrariums und eine Besichtigung des Etrusker-Museums in Aussicht gestellt. Im Kofferraum des Busses war ein Kranz der Freiheitskämpfer untergebracht, der im Sakrarium niedergelegt werden sollte.

Am 14. Mai traf die Reisegruppe in Marzabotto ein. Rasch stellte sich heraus, daß im Rathaus niemand den Besuch der Freiheitskämpfer aus Österreich erwartete. Der Bürgermeister war nicht einmal anwesend, das Sakrarium fest verschlossen! Als von Seiten der Stadt Marzabotto versichert wurde, ein zuständiger Herr werde der Reisegruppe das Sakrarium zugänglich machen, sobald er dafür die Zeit gefunden hat, be-



Kranzniederlegung bei dem Denkmal vor dem Rathaus von Marzabotto

gab sich die Gruppe zum Etrusker-Museum. Dort hielt Genosse Leo Mistingher eine kurze Ansprache, in der er die Opfer des Faschismus würdigte. Daran schloß sich eine Schweigeminute. Anschließend trat die Reisegruppe den Rückweg zum Rathaus an, wo sich allerdings nach wie vor kein Zuständiger fand. Der Unmut der Freiheitskämpfer war begreiflich und groß.

Schließlich wurde der Kranz der Freiheitskämpfer an einem Denkmal vor dem Rathaus niedergelegt, das an die von der SS ermordeten Kinder von Marzabotto erinnern soll. Eine Schweigeminute an diesem Denkmal beendete den Besuch in Marzabotto, den sich alle Teilnehmer ganz anders vorgestellt hatten.

Es ist vor allem der Reiseleitung durch Kurt Schmidt und Gerti Much zu danken, daß diese Italien-Reise dennoch zu einem erfreulichen Erlebnis wurde. Die Fahrt führte nämlich von Bologna weiter in den Süden nach Florenz, wo die wichtigsten Sehenswürdigkeiten, wie der Dom mit seiner berühmten Kuppel, dem Campanile und der Taufkapelle, die alte Brücke mit ihren Juwelierläden und der alte Palast mit der Kopie der weltberühmten David-Statue des Michelangelo, besichtigt werden konnten. Für viele Reisetilnehmer ging mit der Fahrt zu den berühmten Marmor-Steinbrüchen von Carrara ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung. Auch der Besuch von Pisa mit dem schiefen Turm sorgte für ein eindrucksvolles Erlebnis. Besonders genossen wurde aber der Ruhetag in dem Kurort Chianciano Terme, in dem noch die Ruhe der Vorsaison herrschte.

Die Rückfahrt nach Wien führte über Venedig, wo ein Tag für Besichtigungen zur Verfügung stand.



Antifaschistisches Denkmal in Desenzano am Südufer des Gardasees  
(Fotos: Hans Waschek)

## „Schwerpunkt Zeitgeschichte“

Der Verband Wiener Volksbildung bietet drei zeitgeschichtliche Bücher zum Aktionspreis von S 250,- an. Dabei handelt es sich um „Der Hitler-Stalin-Pakt“, „Das Burgtheater. Hochkultur und Staatstheater“ und „Österreichische Identität zu Beginn der Zweiten Republik“.

Bestellungen an: Verband Wiener Volksbildung, Abt. Fernkurse, 1150 Wien, Hollergasse 22, Telefon 83 56 10/20.



## Seminar „Strategien gegen die Neue Rechte“

Am 17. März 1990 hat das Jugendkontaktkomitee des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer gemeinsam mit dem Bildungsausschuß der SPÖ-Wien ein Seminar zum Thema „Strategien gegen die Neue Rechte“ durchgeführt. Ort der Veranstaltung war das, nach unserem Genossen Karl Czernetz benannte, Bildungszentrum der Wiener Partei in der Praterstraße 25.

Die wechselvolle Geschichte dieser Räumlichkeiten hat unmittelbar Bezug zum Thema des Seminars. Denn dieses ehemalige Bezirkssekretariat unserer Partei wurde nach dem 12. Februar 1934 von den Austrofaschisten als Stützpunkt der Vaterländischen Front und von 1938 bis 1945 von der Gestapo als Polizeigefängnis mißbraucht. Das im Vorraum des Bildungszentrums ausgestellte Gitter soll an diese „Zeit ohne Gnade“ erinnern. Viele Österreicherinnen und Österreicher, die im Widerstand tätig waren oder aus politischen oder rassistischen

Gründen verfolgt wurden, haben in diesen Räumen die Schrecken nazistischer Unterdrückung erleben müssen. Nach der Befreiung Österreichs im Jahre 1945 wurde dieses Lokal wieder als Bezirkssekretariat und sozialistisches Jugendlokal verwendet.

Die beiden Mitglieder des Bundesvorstandes des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, die Genossen Peter Lhotzky und Herbert Exenberger, haben in ihren Referaten die 45 meist jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Geschichte und Gegenwart rechtsextremer Gruppen konfrontiert.

Peter Lhotzky zeigte in seinem Referat „Widerstand in Österreich gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus“ den verhängnisvollen Einfluß rechtsextremer Politik in der Geschichte unseres Landes, aber auch die Anstrengungen vieler Österreicherinnen und Österreicher, diese diktatorischen und

menschenverachtenden Regime im Widerstand zu bekämpfen.

Herbert Exenberger beschäftigte sich in seinem Referat „Rechtsextremismus in Österreich“ mit diesen Gruppen und ihren Aktivitäten in den letzten Jahren und zeigte deren Verbindung zu Vertretern der FPÖ. Veranschaulicht wurden die Ausführungen von Herbert Exenberger durch Material aus dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars haben anschließend versucht, in Arbeitsgruppen Strategien gegen rechtsradikale Tendenzen und Ausländerfeindlichkeit zu entwickeln.

Das Jugendkontaktkomitee wird die antifaschistische Schulungstätigkeit mit einer Führung im Dokumentationsarchiv fortsetzen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars dazu einladen.

## Die Freiheitskämpfer am 1. Mai

Am 1. Mai 1990 präsentierte sich der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer anlässlich der 100. Wiederkehr der Maifeier der Arbeiterschaft Wiens im Prater auf der Kaiserwiese mittels einer Kojе, die an die Tradition unseres Bundes erinnern sollte.

Aber nicht nur der Traditionspflege diente diese Kojе, sondern wir haben auch Material zur Diskussion gestellt, das sich mit dem Neofaschismus in unserem Lande auseinandersetzt. Die Rechtsextremisten sind gerade in letzter Zeit recht frech geworden, und ihre Aktivitäten aufzuzeigen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Das Motto „Niemand vergessen – wehret den Anfängen“ hat nach wie vor seine Bedeutung nicht verloren.

Zahlreiche Spitzenpolitiker besuchten unseren Stand. Einerseits, um sich über unsere Broschüren zu informieren, allen voran die letzte Broschüre unseres unvergessenen Genossen Josef Hindels mit dem Titel „Hitler wollte den Krieg“, in der auch einige Zeilen von Genossin Rosa Jochmann zu finden sind, in Form eines Nachwortes. Auch die neu herausgekommene Broschüre über das Konzentrationslager Ebensee haben wir in unserem Angebot zu einem Sonderpreis gehabt. Selbstverständlich verteilten wir auch das Programm des von der Partei veranstalteten Maifestes an die Besucher.

Unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ fand ebenfalls reges Interesse. Wir konnten viele gute Gespräche mit jungen interessierten Wienern, aber auch mit ausländischen Gästen führen. Die Frage „Seid ihr noch aktuell?“ wurde mit Informationsmaterial und in persönlichen Gesprächen beantwortet.

Mit gutem Grund können wir stolz sagen: Es war eine gute Veranstaltung!

## Gedenkstunde in Schloß Hartheim

In Schloß Hartheim in Oberösterreich wurde am 19. Mai 1990 eine Gedenkstunde zur Erinnerung an die Opfer der verbrecherischen Euthanasie-Morde des NS-Regimes abgehalten. Die Gedenkstunde fand im Rahmen eines Symposiums statt, bei dem Wissenschaftler das Thema Euthanasie aus historischer und aktueller Sicht behandelten.

Eine Gedenktafel am Eingang des Schlosses informiert, was in diesem Haus geschehen ist: „In den Jahren 1938–1944 wurden in diesem Haus durch fanatische Nationalsozialisten Zehntausende Menschen vernichtet. Zuerst die 200 Pflinglinge des Hauses, dann Patienten aus Heilanstalten Österreichs und Deutschlands, politisch und rassistisch verfolgte – darunter auch gesunde Kinder – aus Deutschland, der ČSFR, Polen, UdSSR, Frankreich und Italien.“ Die ersten Häftlinge, die in Hartheim getötet wurden, stammten aus dem KZ Mauthausen und seinem Nebenlager Gusen. Eine von Adolf Hitler am 1. September 1939 getroffene Verfügung bildete die „Rechtsgrundlage“ für die „Beseitigung unwerten Lebens“. Die Verantwortlichen beseitigten Ende 1944 alle Spuren ihrer Untaten. 1946 wurde das Haus von der US-Armee der oberösterreichischen Landesregierung übergeben, die es wieder dem früheren Eigentümer bis 1938, dem Landes-Wohltätigkeitsverein, zur Verfügung stellte. Heute sind im Schloß Hartheim rund 280 Behinderte untergebracht, die von ebenso vielen Mitarbeitern betreut werden. Die In- tegrierung der Behinderten in die Gesell-

### 1950: Putsch oder Generalstreik

Die Volkshochschulen Brigittenau und Floridsdorf, das Institut für Wissenschaft und Kunst sowie der Verband Wiener Volksbildung führen vom **25. bis 29. September 1990** Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema „1950: Putsch oder Generalstreik“ durch. Die Veranstaltungsserie wird am 25. 9., um 18 Uhr, in der VHS Floridsdorf (21, Angererstraße 14) beginnen. Zeitzeugen berichten, anschließend führen Edith und Hugo Pepper das Programm „Lachen auf eigene Gefahr“ vor. In der VHS Floridsdorf wird auch eine Ausstellung über „Das 4. Lohn- und Preisabkommen und der Oktober 1950“ zu sehen sein.

Nähere Auskünfte über diese Veranstaltungsserie: Verband Wiener Volksbildung, Telefon 0 22 2 / 83 56 10.

schaft wird von den Betreuern als die vordringlichste Aufgabe bezeichnet.

In dem Symposium wurde von Fachleuten die Meinung vertreten, daß die Grundtendenzen der Nazimedizin auch heute noch vorhanden sind. Zahllose Beispiele beweisen, daß Behinderte nach wie vor diskriminiert und vielfach als eine Belastung der Gesellschaft empfunden werden . . .

## Haider soll sich zu demokratischem Österreich bekennen

Die Weigerung des Kärntner Landeshauptmannes Haider, die Verleihung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs vorzunehmen, sei nicht nur eine Mißachtung der Verdienste der Betroffenen, sondern lasse auch ein klares Bekenntnis zu einem demokratischen Österreich vermissen, stellte SPÖ-Abgeordneter Dr. Edgar Schranz am 11. Mai 1990 fest (siehe auch „Kämpfer“, Ausgabe 3/4, „Ein Jahr LH Haider“).

Nachdem Haider die Verleihung verweigert hatte, richteten die SPÖ-Abgeordneten Gradischnik, Nedwed, Ederer und Schranz eine schriftliche parlamentarische Anfrage zur Klärung des Tatbestandes an Bundeskanzler Vranitzky. Darin baten sie unter anderem um Beantwortung der folgenden Fragen: Ist es richtig, daß es sich bei den Auszuzeichnenden um politisch Verfolgte des NS-Regimes handelt? Ist es richtig, daß Landeshauptmann Haider es zehn Monate nicht für notwendig befunden hat, seine

### DÖW: Lachout-Prozesse gewonnen!

Unsere Genossinnen und Genossen wird Emil Lachout durch den Beitrag „Mauthausenbetrug amtsbekannt“ im rechtsextremen Pamphlet „HALT“ sattem bekannt sein. Gegen Lachout und den Herausgeber der Zeitung „HALT“, Gerd Honsik, wurde nun von der Staatsanwaltschaft Wien eine Voruntersuchung wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz eingeleitet.

Lachout selbst klagte nicht nur das Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes (DÖW), sondern auch die DÖW-Mitarbeiterin Mag. Brigitte Bailer-Galanda wegen übler Nachrede und Verstoßes gegen das Mediengesetz sowie mehrere Journalisten österreichischer Zeitungen. Schon in der ersten Hauptverhandlung im November letzten Jahres erfolgte aber ein Freispruch unserer Mitarbeiterin.

Zur Hauptverhandlung in dem von ihm angestregten Ehrenbeleidigungsprozeß

### „Schwerpunkt 1938“

Der Verband Wiener Volksbildung bietet drei Bücher zum Jahr 1938 („Der Pogrom 1938“, „Jüdische Volkshochschule in Wien 1934-1938“ und „1938/1988 – Eine Bilanz, aber kein Schlußstrich“) zum Preis von S 190,- an.

Bestellungen an: Verband Wiener Volkshochschulen, Abt. Fernkurse, 1150 Wien, Hollergasse 22, Telefon 83 56 10/20.

Haltung darzulegen? Werden Sie die notwendigen Veranlassungen treffen, daß die Verleihung dennoch erfolgen kann?

In seiner Beantwortung stellte der Bundeskanzler klar, daß es sich bei den betreffenden Personen um politisch Verfolgte des NS-Regimes gehandelt habe, weiters, daß das Schreiben bereits An-

## Vertrieb eines Neonazi-Pamphlets über Ungarn

Trotz der bereits in Österreich erfolgten Beschlagnahme des Buches „Freispruch für Hitler? 37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer“, in dem ungläubliche Leugnungen der Naziverbrechen von sogenannten „Zeugen“ zu finden sind, versuchen jetzt die Herausgeber, dieses Werk über ein Postfach in Győr/Ungarn zu verbreiten. Es wird dort in einem Prospekt des getarnten rechtsextremen „Burgenländischen Kulturvereins“ als das „meistgejagte Buch Europas“ angeboten.

Während in Österreich ein Verfahren eingeleitet wurde, erfolgte vom Amtsgericht München wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung Verstorbener eine Verurteilung von Gerd Honsik und Hanns Strobel. Sie wurden zu Freiheitsstrafen von neun und sechs Monaten mit Bewährung verurteilt.

In einer Anzeige an das Bundesmini-

sterium für Inneres vom Mai 1990 meint dazu der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, folgendes: „Der Verein ‚Burgenländischer Kulturverband‘ hat damit nicht nur seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten, sondern auch eine Tätigkeit entfaltet, die bewußt und vorsätzlich gegen die österreichische Rechtsordnung verstößt. Wir ersuchen Sie daher, die schon 1989 ins Auge gefaßte behördliche Auflösung dieses Vereines zu veranlassen.“

Darüber hinaus ersuchen wir Sie, effiziente Maßnahmen zu setzen, damit der rechtswidrige Vertrieb dieses neonazistischen Buches über Ungarn unterbunden werden kann. Schließlich wäre unseres Erachtens auch die Strafverfolgung des Vorsitzenden des ‚Burgenländischen Kulturverbandes‘, Hanns Strobel, zu veranlassen.“

### „Müllers Fall“

In der Jänner-Ausgabe des Wirtschaftsmagazins „Trend“ wurde der damalige Lavantaler FPÖ-Funktionär Peter Müller, Ortsobmann der FPÖ in Bad St. Leonhard, mit dem Wort zitiert: „Dem Simon Wiesenthal hab' ich gesagt: Wir bauen schon wieder Öfen, aber nicht für Sie, Herr Wiesenthal – Sie haben in Jörgl seiner Pfeife Platz!“ Der Veröffentlichung dieser miesen Erklärung folgte eine Welle der Empörung und der Rücktritt des Peter Müller aus allen seinen Parteifunktionen in der FPÖ. Unter dem Titel „Müllers Fall“ hat nun Gerhard Seifried von der SPÖ Kärnten eine Dokumentation mit Pressemeldungen zu dieser Affäre herausgebracht. Die Publikation, die die Dokumente für sich sprechen läßt und auf jeden Kommentar verzichtet, ist bei der SPÖ Kärnten zu beziehen (9020 Klagenfurt, 10.-Oktober-Straße Nr. 28, Telefon 0 46 3 / 57 7 88).

## Neue politische Bücher

Unter dem Titel „Unser einziger Weg ist Arbeit“ ist im Löcker Verlag (Wien 1990) ein bemerkenswertes Buch über das Getto in Lodz erschienen (288 Seiten, 580 Schilling). Im Mittelpunkt des Bandes steht eine Auswahl von Farbfotos, die von einem Mitglied der deutschen Gettoverwaltung für „dienstliche“ Zwecke hergestellt wurden, vermutlich, um damit Propaganda zu betreiben. Die Fotos, 393 von den insgesamt 450 erst 1987 aufgetauchten Aufnahmen, zeigen den Alltag im Getto vom Lodz, die auf beklemmende Art friedlich auf den Betrachter wirken. Menschen bei der Arbeit, Kinder bei der Schulausspeisung: Wo bleibt das Grauen? Man muß sich in Erinnerung rufen, daß diese Menschen nicht freiwillig in diesem Getto lebten, sondern aus allen Teilen Europas, auch aus Wien, von den Nazis dorthin verschleppt wurden. Und von dem Getto wurden sie in das Vernichtungslager Chelmno deportiert, wo mindestens 145.000 Menschen vergast wurden. Das Buch, dessen Titel ein Wort des „Judenältesten“ von Lodz, Rumkowski, ist, enthält eine Reihe ausgezeichnete historische Beiträge, aus denen das Grauen ersichtlich wird, das man mit dem Begriff „Getto in Lodz“ verbindet. Der Band ist als Begleitbuch zu einer Ausstellung des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main herausgegeben worden. Dokumente, eine Zeittafel und ein Plan des Gettos runden diese wichtige Edition ab.

\*

Ein Symposium der Volkshochschule Brigittenau wird in dem von Kurt Schmid und Rober Streibel herausgegebenen Buch „Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland“ (Picus Verlag, Wien 1990) dokumentiert. Auszüge aus der Diskussion in der VHS lassen den Leser erschauern (115 Seiten, 148 Schilling).

## Burgenland: Opferverbände fordern Mahnmahl

Die Vertreter der Opferverbände des Burgenlandes, Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, ÖVP-Kameradschaftsbund der politisch Verfolgten und Verband der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), erinnern daran, daß sie bereits im Herbst 1989 in persönlichen Vorsprachen wie auch durch schriftliche Eingaben bei der burgenländischen Landesregierung bezüglich der Errichtung eines Mahnmahls für die Opfer des Faschismus und des Krieges in der Landeshauptstadt vorstellig geworden sind.

Am 26. März 1990 richteten die Vertreter der Opferverbände ein neuerliches

Schreiben an Landeshauptmannstellvertreter Dr. Franz Sauerzopf und die Kulturreferentin, Landesrätin Dr. Christa Kramer, die gemeinsam mit der Frage der Errichtung des Mahnmahls betraut worden sind, und legten gleichzeitig einen zweiten Entwurf für das geplante Mahnmahl vor. Der erste Entwurf wurde bereits im Vorjahr der Landesregierung vorgelegt.

Die Vertreter der Opferverbände brachten bei ihren Vorsprachen und Eingaben stets den Wunsch zum Ausdruck, daß der heurige 45. Jahrestag der Befreiung Österreichs und die später am 1. Oktober 1945 erfolgte Wiedererrichtung des Burgenlandes als selbständiges Bundesland, ein geeigneter Anlaß für die Enthüllung und Einweihung des geforderten Denkmals für die Opfer des Faschismus und des Krieges ist.

„Nachdem seitens der Vertreter der Landesregierung bisher weder zu unseren Vorstellungen noch zu den vorgelegten Entwürfen für ein Mahnmahl offiziell Stellung genommen wurde, halten wir es für notwendig, in aller Öffentlichkeit und mit allem Nachdruck an die Forderung nach der Errichtung des geforderten Mahnmahls bis zum 1. Oktober 1990 zu erinnern. Wir glauben, daß eine würdige Gedenkstätte für die politischen, religiösen und rassistischen Opfer des Faschismus in der Landeshauptstadt nicht nur eine Erinnerung an deren Leiden und Opfer sein soll, die für Österreich und für das Burgenland gebracht wurden, sondern sie sollte nicht zuletzt auch als Mahnung für gegenwärtige und kommende Generationen dienen, damit sich ähnliches nicht mehr wiederholen kann“, heißt es in der von Stefan Billes, Anton Gstettner und Vinzenz Böröcz unterzeichneten Stellungnahme.

## Hubert Pfoch — 70

Der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Landeshauptmann-Stellvertreter i. R. Hubert Pfoch, feierte am 25. Juni seinen 70. Geburtstag. Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gratuliert dem Jubilar sehr herzlich, die Redaktion des „Kämpfer“ schließt sich den Glückwünschen an.

Hubert Pfoch ist seit Kindesbeinen mit der sozialistischen Bewegung verbunden. Mit acht Jahren trat er den „Roten Falken“ bei, mit 16 gehörte er der Revolutionären Sozialistischen Jugend an. Er lernte damals das Bau- und Möbeltischlerhandwerk bei einem Meister in Ottakring. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich 1938 führte Pfoch den Widerstand gegen den Faschismus im engsten Freundeskreis weiter. Der junge Tischlergeselle wurde zum Reichsarbeitsdienst nach Brünn und in der Folge zur Deutschen Wehrmacht, als Pionier, einberufen. Im April 1945 nahm Pfoch die politische Arbeit im Rahmen der SPÖ-Ottakring und als

Funktionär der Sozialistischen Jugend Wien wieder auf, deren Obmann er von 1946 bis 1954 war. 1949 wurde Hubert Pfoch als Mandatar der Ottakringer Sozialisten in den Wiener Gemeinderat gewählt. Von 1962 bis 1987 war er Obmann der SPÖ-Ottakring. In den Jahren 1964 bis 1979 war er mit verschiedenen Aufgaben im Rahmen der Wiener Stadtverwaltung betraut, als amtsführender Stadtrat und Landeshauptmann-Stellvertreter. Von 1979 bis 1984 war er Erster Präsident des Wiener Landtages. Seit 1985 ist Hubert Pfoch Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.

## Hans Magschok — 75



Genosse Hans Magschok feierte am 4. Mai seinen 75. Geburtstag. Genosse Magschok ist seit seiner Jugend ein aufrechter Sozialist, der sozialistischen Bewegung mit Kopf und Seele verbunden. 1933 stand er als 17jähriger Jugendlicher und Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend wegen Herunterreißen eines Dollfuß-Plakats vor Gericht, wobei er von dem sozialdemokratischen Rechtsanwalt Dr. Heinrich Steinitz verteidigt wurde, mit dessen Familie er freundschaftliche Beziehungen pflegte. Polizeihaft und Abschiebung in das Anhaltelager Wöllersdorf nach dem Februar 1934 konnten Genossen Magschok nicht von seiner antifaschistischen und humanitären Gesinnung abbringen. Während des Nazifaschismus versuchte er, getreu seiner sozialistischen Grundsätze zu leben. Seine Tagebuchaufzeichnungen aus dieser „Zeit ohne Gnade“ konnte Genosse Magschok dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in einer vorbildlichen Dokumentation zur Verfügung stellen. Seinem Gedächtnis ist die 1983 erschienene Dokumentation über die „Roten Spieler und Blauen Blusen“



zu verdanken. Genosse Magschok, der selbst ein „roter Spieler“ im 13. Wiener Gemeindebezirk war, hat aus dem Gedächtnis die Lieder eines Programms dieser Kabarettgruppe vorgetragen, wonach sie eigens für diese Dokumentation in Noten niedergeschrieben werden konnten. Hans Magschok verfaßt aber auch selbst Gedichte. Er zählt zu den Stützen der Wiener Werkstätte des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“ und ist auch einer der Preisträger für „Literatur der Arbeitswelt“. Die sozialistischen Freiheitskämpfer und die Redaktion des „Kämpfer“ gratulieren dem Jubilar sehr herzlich zu seinem Geburtstag.

## Glückwünsche für Dr. Edgar Schranz

Der Bezirksvorsitzende der SPÖ-Leopoldstadt und Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Edgar Schranz feierte am 2. Juni 1990 seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß übermittelten ihm namens des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus die Genossen Otto Skritek, Kurt Schmidt und Gerti Much ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben, in dem es heißt: „Wir danken Dir für Deinen Einsatz im Parlament in unserer Sache und hoffen weiter auf eine gute Zusammenarbeit.“

## Gedenken an Käthe Leichter

Im Gedenken an die unvergeßliche Sozialistin, Wissenschaftlerin und Vorkämpferin der Rechte der arbeitenden Frauen, Käthe Leichter (20. August 1895 bis Februar 1942), treffen wir uns am

**Samstag, 25. August 1990,  
um 10 Uhr, beim Eingang zur  
Feuerhalle des Krematoriums  
Wien-Simmering**  
zur Enthüllung einer Urne mit Erde aus Ravensbrück.

## Döbling

**Gedenkveranstaltung.** Am Donnerstag, 8. Februar 1990, wurde im Haus der Begegnung gemeinsam mit dem Bildungsausschuß die traditionelle Gedenkstunde zum 12. Februar 1934 durchgeführt.

Nach der Vorführung eines Video-Films aus der Serie ÖSTERREICH I sprachen als Zeitzeugen die Genossen Karl Mark und Otto Binder.

## Leopoldstadt

**Stanislaus Kris †.** Am 15. März 1990 starb unerwartet Gen. Stanislaus Kris. Mit ihm verliert die Sozialistische Partei einen langjährigen Mitstreiter.

Kris, geboren 1903, kam mit 15 Jahren zur Sozialistischen Jugend, arbeitete dann später als Funktionär im Alsergrund und Brigittenau. 1934 wurde er im KZ Wöllersdorf interniert, arbeitete nachher aber wieder bei der RS mit. Im März 1938 wurde er von der Gestapo sofort nach Dachau gebracht und von dort nach Buchenwald überstellt, von wo er 1939 entlassen wurde. Er emigrierte nach Frankreich, arbeitete dort im französischen Widerstand mit. Nach 1945 trat er, noch in Frankreich, der SPÖ briefly bei.

Nach seiner Rückkehr wurde er Funktionär der SPÖ Leopoldstadt. Er arbeitete im Pensionistenverband und als Mitglied des Bezirksvorstandes der Sozialistischen Freiheitskämpfer mit, wo er noch am 5. März, kurz vor seinem Tod, an einer Sitzung teilnahm.



## Salzburg

**Josef Holzinger †.** Der Ehrenobmann der Sektion Maxglan-Ost und Bürger der Stadt Salzburg, Genosse Josef Holzinger, ist am 1. März 1990 im 84. Lebensjahr verstorben. Bei der Verabschiedung von dem Verstorbenen am 7. März 1990 in der Feuerhalle des Kommunalfriedhofes sprach Genosse Eduard Kittl Worte des Gedenkens. Josef Holzinger absolvierte nach Volks- und Bürgerschule seine Lehrzeit bei der Firma Voith, Salzburg, als Metalldreher und Gießer. Im Jahr 1934 wurde er zum ersten Mal zu sieben Monate Haft aus politischen Gründen verurteilt. Am 25. März 1942 wurde er von der Gestapo als internationaler und revolutionärer Sozialist in Haft genommen und vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 10. Juli 1943 wurde er der Strafeinheit 999 der Wehrmacht zugeteilt und nach Griechenland auf die Insel Leros transportiert. Er geriet in englische Kriegsgefangenschaft und wurde nach Ägypten gebracht, von wo er erst im Dezember 1946 nach Österreich zurückkehren konnte. Josef Holzinger begann dann in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter zunächst als Sachbearbeiter und schließlich als Abteilungsleiter

der Wirtschaftsabteilung zu arbeiten. „Josef mußte immer helfen, wo es möglich war, und er war aus seinem Inneren ein kräftiger Sozialist, der allen Freunden den Weg des geraden und sauberen Sozialismus zeigen konnte“, sagte Gen. Kittl in seinem Nachruf. Wir werden Genossen Josef Holzinger niemals vergessen!

## Burgenland

**Gedenkstein.** Der Gemeinderat von Oberwart hat am 28. November 1989 einhellig beschlossen, in der Nähe des Kriegerdenkmals einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu errichten. Dieser Gedenkstein wurde am 29. Dezember 1989 feierlich enthüllt. Das neue Denkmal ist in der Form eines flammenden Herzens aus Edelserpentin gemeißelt und trägt eine Tafel mit folgender Inschrift: „Zum Gedenken an die Oberwarter Opfer des Nationalsozialismus: der Juden, der Zigeuner und der politisch Verfolgten. Insbesondere der Hingerichteten: Alexander Heigl \*30. 10. 1899 – † 16. 3. 1943, Josef Seper \*28. 4. 1907 – † 28. 1. 1943.“

\*

Die Broschüre zu der vom „Unabhängigen Antifaschistischen Personenkomitee Burgenland“ im Herbst 1989 im „Offenen Haus Oberwart“ (OHO) organisierten Ausstellung „Naziherrschaft und was uns blieb!“ sowie die „Lebensgeschichte des Wilhelm Gregorich“, eines von den Nazis verfolgten lokalen Zeitzeugen, sind beim „Unabhängigen Antifaschistischen Personenkomitee Burgenland“ unter der Adresse „Offenes Haus Oberwart“ (OHO), Lisztgasse 12, 7400 Oberwart (Telefon 0 33 52 / 85 55), zum Preis von je 25 Schilling zu beziehen.

## Oberösterreich

**Jahreshauptversammlung.** Die Landesorganisation Oberösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer hielt in Linz ihre Jahreshauptversammlung ab. Den Berichten war zu entnehmen, daß die Landesorganisation Ende 1989 insgesamt 430 Mitglieder zählte. Im Berichtszeitraum mußte die Landesorganisation aus der Wiener Straße 25 (ehemals Phönix-Kino – Haus des Wirtschaftsvereins Arbeiterheim) ausziehen. Sie hat nunmehr neben anderen Instituten und Organisationen im Haus Weibenwolfstraße 5 neuen Büroraum zugewiesen erhalten. Dort werden auch die Sprechstunden der Landesorganisation abgehalten.

Weiters wurde berichtet, daß die Landesorganisation jährlich an der Befreiungsfeier in Mauthausen teilnimmt. An den Gedenkstätten werden zu den Gedenktagen Kränze niedergelegt, im be-



DVR:0029106(161) 0908676  
FRAU

GERLINDE SCHWANTNER  
DARINGERG.14/25/6  
1190

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

sonderen an dem neu errichteten Mahnmal am Bernaschekplatz in Urfahr.

Durch den Tod des verdienten Vorsitzenden GR Alfred Franzmayr haben sich im Vorstand Änderungen ergeben. Neuer Vorsitzender ist nunmehr Franz Rosenberger (bisher Stellvertreter), zum Vorsitzenden-Stellvertreter und Kassier wurde Hannes Proschko gewählt, der auch ehrenamtlich die gesamte Sekretariatsarbeit leistet. Die Bildungsaufgaben werden vom Kontaktkomitee (Vorsitzender: Otto Kriegisch) wahrgenommen.

## Niederösterreich

**Besuch in Wiener Neustadt.** Am 20. April 1990 veranstaltete die Landesgruppe Niederösterreich gemeinsam mit der Landesgruppe Wien den schon zur Tradition gewordenen jährlichen Städtebesuch, der diesmal nach Wiener Neustadt führte.

In der Viertelshauptstadt und Steinfeldmetropole mit ihrem wunderschönen Altstadtzentrum harmonieren Industrie und Fremdenverkehr bestens. 1194 vom Babenbergerherzog Leopold V. gegründet, im 15. Jahrhundert Residenz von Kaiser Friedrich III., letzte Ruhestätte von Kaiser Maximilian I., Ende des 18. Jahrhunderts aufblühendes Industriezentrum, wurde die Stadt im Zweiten Weltkrieg beinahe zur Gänze zerstört. Einen Film, der das Ausmaß dieser Verwüstungen zeigt, sahen die 43 Teilnehmer der Exkursion gleich nach ihrer Ankunft in der Volkshochschule.

Anschließend empfing Bürgermeister Gustav Kraupa die Gäste im Rathaus, referierte über die politische Lage in der Stadt nach den Wahlen vom 25. März 1990 und zeigte nach einem offenen Gespräch den Corvinusbecher, der sich seit 1487 im Besitz der Stadt befindet und dessen Versicherungswert auf 40 Millionen Schilling geschätzt wird. Abschließend erläuterte Bürgermeister Kraupa die Geschichte dieses Prunkpokales.

Nach dem Mittagessen im Gasthaus „Zum Schwarzen Adler“ (R. Pieler) fand eine Stadtrundfahrt statt, bei der den Teilnehmern das historische und moderne Wiener Neustadt gezeigt wurde.

Beim anschließenden Besuch im ehemaligen Rax-Werk legten die Teilnehmer dieser Fahrt am Mahnmal der fünf vom Hitler-Faschismus ermordeten Werksangehörigen einen Kranz nieder, ebenso am Widerstandsdenkmal im Freiheitspark.



Im einstigen Anhaltelager Wöllersdorf wurde für die ehemaligen Häftlinge ein Blumenbukett symbolisch hinterlegt (siehe Foto).

Der Wiener Neustädter Bezirksobmann der sozialistischen Freiheitskämpfer, Erwin Kwech, sprach jeweils ergreifende Worte des Gedenkens.

## Baden

**Mitgliederversammlung.** Anfang April hielt die Bezirksgruppe Baden eine Mitgliederversammlung ab, zu der auch Bezirksmandatäre und Vertreter des Landesverbandes erschienen. In Vertretung des erkrankten Bezirksobmannes Rudolf Winter begrüßte Genosse Wilhelm Trumler die Mitglieder und Gäste. Unter dem Vorsitz des Landesobmannstellv. Ewald Deutsch informierte Genosse Leo Lesjak die Besitzer von Opferausweisen und Amtsbescheinigungen über die Leistungsansprüche aus der Opferfürsorge. Den Kassabericht erstattete Genosse Friedrich Prochazka und den Kontrollbericht die Genossin Grete Mayer.

Bei der anschließenden Wahl des Bezirksgruppenausschusses wurde Genosse Wilhelm Trumler zum neuen Obmann gewählt.

In dem darauffolgenden Referat zum Thema „Auschwitzlüge?“ sprach als

Zeuge der Zeit Genosse Dr. Franz Danimann. Er berichtete, daß bereits bei der ersten größeren Vergasung in Auschwitz, als eine Art Generalprobe der Massenvernichtung, mehrere Österreicher, unter ihnen die Lagerhäftlinge Alois Sindl aus St. Pölten, Franz Riegler aus Mürzzuschlag und Josef Nagl aus Floridsdorf, ermordet wurden. Den Angehörigen gegenüber gab man an, daß sie an „Herzmuskelschwäche“ gestorben seien. Die Massenvergasungen gingen in immer stärkerem Maße bis zum November 1944 weiter. Unter den letzten Opfern waren mehrere hunderttausend ungarische Juden. Die Todestransporte der Juden waren den Nazis wichtiger als der Transport von Kriegsmaterial!

Die Leugnung der Vergasung in deutschen Vernichtungslagern wird von den Neonazis aufrechterhalten, obwohl eine Überfülle von Beweismaterial vorliegt, wie Vollzugsanweisungen, Berichte, Namenslisten, Zeugnisse von Überlebenden, aber auch Geständnisse der Schuldigen, Gerichtsurteile, wissenschaftliche Werke, Kommissionsberichte.

Typisch für die Verlogenheit der SS-Bewacher war die Bezeichnung „Schonblock“ für die Massenvernichtung. Wer sich für den vermeintlichen Schonblock entschied, ging in Wirklichkeit dem sicheren Tod entgegen.

Heute werden die NS-Verbrechen nicht nur von deklarierten Nazigruppen verniedlicht, sondern auch schon vom sogenannten „nationalen Lager“, für das andererseits unsere Republik eine „Mißgeburt“ (Haider) ist.

Für die Verfolgung der neonazistischen Aktivitäten sind die bestehenden Rechtsnormen zwar ausreichend, doch werden sie selten und da kaum wirksam angewendet.

So wichtig die juristische und administrative Bekämpfung des Neonazismus ist: Wichtiger noch erscheint die Aufklärung der Gegenwartsgeneration durch Zeitzeugen und Historiker. Auch für den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer ist dies die wesentlichste Aufgabe in Gegenwart und Zukunft.

**SPÖ** 

## An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 7/8 ist der 15. August 1990.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.  
Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller:  
Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG.,  
1110 Wien.